

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 37 (1903)

18 (22.1.1903)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-689379](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-689379)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. 1/2jährlicher Abonnementspreis 2.40, durch die Post bezogen inkl. Bestellgeld 2.40. 27. J. — Man abonniert bei allen Postanstalten in Oldenburg in der Expedition Peterstraße 5.

Fernsprechanchluss Nr. 48.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 18.

Oldenburg, Donnerstag, den 22. Januar 1903.

XXXVII. Jahrgang

Hierzu zwei Beilagen.

Aus dem Reichstage.

* Oldenburg, 22. Jan.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns unterm gestrigen Datum:

Die gestrige erregte Auseinandersetzung über den Fall Krupp hat den Reichstag in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Man verpicht sich von der heutigen Sitzung bewegte Szenen und „reißt“ sich demgemäß um Tribünenplätzen. Einer der ersten im Saale war Abg. Richter (Freis. Volksp.), auf den sich die Erwartungen konzentrierten. Er leitete — gegen seine Gewohnheit — den Tag ein, und zwar kritisierte er zunächst die finanzielle Seite des Staats, speziell die „nichts weniger als sparsame“ Ausstattung des Marineetats, an dem der Bundesrat offenbar keine Abstriche vorgenommen habe. Der „Kaiser im Streit“ war gut disponiert; kraftvoll hallte seine Stimme durch den Saal, die noch etwas unruhige Störung war noch nicht zur Stelle, doch sein Vertreter, Graf Pobjadomsky, brachte die hauptsächlichsten Mängelungen des Redners erforderlich Material später vor. Mit herber Kritik beobachtete Richter ferner den Kolonialetat, speziell die kolonialen Eisenbahnbauten (Südwest- und Ostafrika), was den Kolonialdirektor Dr. Stuebel veranlaßte, in der Nähe des Redners Platz zu nehmen und dessen satirische Pointen zu notieren. Um diese Zeit erschien Graf Bülow im Saal. Zum Militäretat bemerkte Richter, an eine Erhöhung der Militärpensionen dürfe man bei der gegenwärtigen Finanzlage überhaupt nicht denken. Auch an die Abreise des Schatzsekretärs waren einige „Unrichtigkeiten“ gerichtet. Was den Reichstanzler betrifft, so vermehrte Richter bei ihm den „Mut der eigenen Meinung“ in der Dänenfrage. Unter allseitiger Spannung wendete sich Richter zur Erörterung der Möglichkeit parlamentarischer Kritik an kaiserliche Reden und der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers für das Einemündern kaiserlicher Telegramme, dessen Gegenseitigkeit durch den Reichstanzler bei der Veröffentlichung nach Richters Meinung verfassungsmäßig hätte erfolgen müssen. Die Regierung hat hier dem Zentrum ein Geschenk gemacht, wie es sonst nur der Sozialdemokratie zuteil wird — das bekannte Schweineglas! Große Heiterkeit. Die Herren Minister sind freilich in keiner beneidenswerten Lage. Zu seiner Zeit muß es schwerer gewesen sein, Minister zu sein, als gegenwärtig. Wenn es mit der Kabinettsregierung so weiter geht, wie bisher, dann laufen die Minister Gefahr, zu Handlangern zu werden, was Fürst Bismarck nie gewesen ist! ... Lebhafter Beifall der Linken begleitete diese scharf pointierten Sätze, mit denen Richter seine fast zweifelhafte Rede schloß.

Graf Bülow hielt eine unmittelbare Entgegnung nicht für angezeigt; er tauchte mit seinem Nachbar Graf Pobjadomsky einige Worte aus und lehnte sich dann sinnend in den Sessel zurück. Im Parterre rüstete man jetzt geduldsvoll zum Aufbruch zur „Kaffeepause“, so daß ein beträchtlicher Teil der Staatsrede des Abg. v. Kardorff (Np.) den Hörern verloren ging. Das hohe Alter des Führers der „Völkischpartei“ — er steht im 76. Lebensjahre — machte sich heute doch bemerkbar; er sprach leise und in abgerissenen Sätzen. Auf einen gemäßigten Ton gestimmt war auch die Staatsrede des Abg. Schröder (Freis. Bergg.). Er hatte zwar dies und jenes an den Reichsantrag auszuweisen, kleeidete aber seine Kritik nicht in scharfe Formen. Abg. Schröder hatte am Bundesratsitzung den Reichstanzler zum Fall Krupp u. a. das war ersichtlich dem Reichstanzler weit weniger erfreulich. Das Merkwürdige an den gestrigen Vorgängen ist, daß die Regierung selbst auf eine Kritik der Ereignisse gefaßt war, daß Graf Bülow mit einer Entgegnung gerüstet gewesen sein soll, die zweifellos in manchem Punkte eine Klärung der befallenen Angelegenheit herbeigeführt haben würde. Selbst im Zentrum sind die Meinungen geteilt, ob Graf Ballestrem's

Auffassung zweckmäßig und berechtigt war. Ein Eingehen auf die gegen Krupp gerichteten Verdächtigungen ließ sich gewiß durch den Präsidenten verhindern — Herr v. Vollmar selbst erklärte, diese Seite der Sache nicht berühren zu wollen —; durch das Verbot der Erörterung der kaiserlichen Rundgebungen setzte sich aber Graf Ballestrem in Widerspruch zu seiner eigenen Praxis.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg sieht eine endlose Reihe von Wahlprotesten voraus, wenn die Neuwahlen auf Grund des gelicherten Wahlgemeinnisses sich abspielen. Die Abänderung des Wahlgesetzes hätte früher erfolgen müssen, damit bei Erstwahlen Erfahrungen hätten sammeln werden können. Scharfsinnig meinte der Redner dann, Graf Bülow habe in bedeutendem Maße, was ein Staatsmann nicht entbehren könne, nämlich Glück. Beim Zolltarif sei es ihm in der Person des Herrn Singer gelang. (Stürmische Heiterkeit.) „Es ist heute eine verfeuerte Welt. Von den Abgeordneten verlangt man, daß sie schweigen, von den Generalen, daß sie reden sollen.“ — So ließ sich Abg. v. Liebermann im weiteren Verlaufe seiner kurzweiligen Rede, in der es auch an Seitenhieben auf England und an Reminiscenzen an den Berliner Aufenthalt der Burengenerale nicht fehlte, vernehmen.

Dann erhob sich Graf Bülow. Es galt einer Berücksichtigung der im Verlauf der Debatte erhobenen hauptsächlichsten Einwendungen, vor allem der seitens des Abg. Richter erhobenen. Der Kanzler hielt energisch den Schild über die Person des Kaisers, für dessen groß und stark angelegte Individualität und reiche Begabung er Worte höchster Anerkennung fand. „Was man auch vom Kaiser sagen möge — ein Philister ist er nicht!“ (Allseitige Heiterkeit.) Mit angüglicher Satire wandte sich Graf Bülow dann zu der vom Abg. v. Liebermann übernommenen Vermangelung des konservativen Führers v. Kröcher, daß die Regierung gegen das Ausland zu „Lebenswürgung“, also schwächlich, verfähre, daß man den festen Tritt der schönen deutschen Kürassierregimente vermissen. „Großheit ist nicht Würde, Kraftbürgigkeit nicht Feigheit. Die politischen Geschäfte brauchen nicht notwendig in schlechter Manier erledigt zu werden. Wenn man immer nur mit der Faust auf den Tisch schlagen will, dann könnte — mancher leitender Staatsmann sein.“ Bei dieser Abfanzung, die von energischem Niederlegen der Hand auf das Pult begleitet war, blühten die Herren auf der Rechten einermöglichen lauer drein. Sie werden dem Grafen Bülow die Antwort kaum schuldig bleiben; es ist möglich, daß Abg. v. Kröcher, den Graf Bülow mit seiner Ironie seinen „verehrten Freund“ nannte, sie morgen erteilt. Erwähnt sei schließlich noch, daß der Reichstanzler auch über den Nichtempfang der Burengenerale durch den Kaiser Auskunft gab.

Zur Geschäftsführung des Reichstagspräsidenten.

Das Verhalten des Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem gegenüber dem Verlaufe, eine Bepredung der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Reden des Kaisers nach dem Tode Krupps herbeizuführen, findet mehrfach, sogar auf konservativer Seite, Beurteilung.

Die „Natlb. Kor.“ schreibt: „Die Weigerung des Präsidenten schien im ganzen Hause das äußerste Versehen zu erregen. Montag konnte die Einemündern Depesche, die nicht im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden war, in aller Breite diskutiert werden. Westhalb Dienstag nicht diese kaiserliche Rundgebung, die einen offiziellen Charakter trug? Wir halten uns davon überzeugt, daß der Reichstanzler auf die Anfrage des Abg. v. Vollmar ebenso ausgiebig geantwortet haben würde, wie auf die des Abg. Schäbler, und haben leider allen Grund zu der Befürchtung, daß der Vorgang lediglich der Sozialdemokratie neues Agitationsmaterial zuführt.“

Die „Post“ schreibt, der guten Sache sei damit, daß sich Graf Ballestrem am Dienstag mit den bisher von ihm für die Behandlung kaiserlicher Reden im Reichstag aufgestellten Grundsätzen in Widerspruch setzte, kein guter Dienst geleistet. Selbst die konservativen „Dreuztg.“ schreibt, sie halte es „nicht für richtig, jedes vermeintliche Versehen, das einem Manne in dieser verantwortungsvollen Stellung unterläuft, mit scharfer Kritik zu rügen. Aber wir müssen doch der Auffassung Ausdruck geben, daß Graf Ballestrem durch das gegen den Abg. v. Vollmar gerichtete Verbot sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundsätzen, die er früher aufgestellt hatte. Auch der Versuch, diesen Widerspruch durch Hervorkehrung neuer Unterhiebe bei kaiserlichen Rundgebungen zu lösen, scheint uns nicht glücklich.“

Die „Berl. B.-Ztg.“ führt aus: „Das Verbot, die Reden des Kaisers über den Fall Krupp zu erörtern,

steht im Widerspruch auch mit der Erklärung, die der Präsident Graf Ballestrem am 21. Januar 1899 im Reichstage abgab. Damals sagte er: „Ich werde keinen Redner hindern, Neben Sr. Majestät des Kaisers oder eines der höchsten und höchsten Bundesfürsten hier bei den Erörterungen zu erwähnen; jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß die Neben dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt sind. Unter „authentisch“ verstehe ich entweder, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigem Wege gehen, wie z. B. die Thronrede oder andere Rundgebungen ähnlicher Art, oder daß sie im „Reichs- u. Staatsanzeiger“ ihrem Vorkauf nach veröffentlicht sind.“

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages erklärt einen geharnischten Protest gegen die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten, der mit folgenden Worten schließt:

„Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verübte Verbrechen das Urteil zu fällen.“

Freundlichkeiten des Auslandes.

Es scheint doch, daß die Aeußerungen des Grafen Bülow im Reichstag über die deutsch-englischen Beziehungen einige Wirkung in London getan haben. Ein Blatt wie die „Times“ kann natürlich dem hochfahrenden und schulmeisternden Ton Deutschlands gegenüber nicht gänzlich entgehen. Doch richtet sich folgende Bemerkung der „Times“ durch ihre Lächerlichkeit: „Wir sind nicht sicher, daß diese Wehr von seiner früheren Art ein Beweis für die imponierende Mächtigkeit Deutschlands in der internationalen Politik ist.“ Inzwischen hat unsere Presse noch alle Hände voll zu tun, englische und amerikanische Meldungen, die speziell das Vorgehen Deutschlands gegen Venezuela zu diskreditieren bestimmt sind, auf ihren Unwert zurückzuführen. Außer der „Böln. Ztg.“ steht sich auch die „N. N. Ztg.“ veranlaßt, festzustellen, daß „einige englische Blätter fortgesetzt unwahre Nachrichten“ zu den Vorgehänge in Venezuela bringen. Die neueste Leistung dieser Art ist, daß England und Italien bei Regierung Deutschlands sich nicht, die Blockade aufheben würden. „Die Meldung ist unrichtig“, schreibt kurz und prägnant das Organ unserer Regierung, und es war kaum noch der Zusatzen erforderlich, daß die Blockadefrage von den drei beteiligten Mächten durchaus gleichmäßig behandelt wird.

Venezuela.

Amliche Nachrichten über das Geseht des „Panther“ in der Bucht von Maracaibo liegen beinahegar keine noch immer nicht vor. Der „New-York Herald“ berichtet, daß dem Angriff des „Panther“ auf das Fort San Carlos bei Maracaibo eine Rekognoskierung am Lande, ausgeführt durch drei Abteilungen Soldaten, vorausgegangen sei. Das venezolanische Fort habe hundertfiebzigmal auf den „Panther“ geschossen.

Raffans Bureau meldet aus Washington: Der auf der Reise hierher befindliche amerikanische Gesandte in Caracas, Mr. Bowen, erklärte in Charleston in einer Unterredung, der Zwischenfall der Beschließung des Forts San Carlo durch das deutsche Kanonenboot „Panther“ werde die Schiedsgerichtsfrage nicht beeinflussen.

Die Frage der Aufrechterhaltung wie der späteren Aufhebung der Blockade wird, der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge, von den drei Mächten durchaus gleichmäßig behandelt.

Saitro soll, wie Reuters Bureau meldet, den Gesandten Bowen ermächtigt haben, die venezolanischen Zölle als Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen Venezuelas gegenüber den Forderungen der Mächte anzubieten. Bestimmt verlautet, daß die Vertreter der Mächte nach einer Präliminarvermittlung dazu übergehen werden, die Forderungen von Privatpersonen mit Bowen einzeln zu beraten, da die verschiedenen Interessen ein gemeinsames Vorgehen in dieser Richtung nicht zulassen.

Ueber die Kämpfe der Aufständischen berichtet der „Pariser Matin“ aus Caracas vom Dienstag: Der revolutionäre General Miera griff gegen Mitternacht Coro an. Der Kampf in der Stadt dauerte 10 Stunden. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete. Der angekündigte Schaden ist beträchtlich. Die revolutionären Truppen ziehen sich zurück.

Vom Dienstag meldet Reuters Bureau aus Caracas: Wie es heißt, ist es während der letzten 48 Stunden zu einem Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Aufständischen gekommen. Einzelheiten sind noch nicht eingegangen.



MAGGI'S BOUILLON - KAPSELN

à 12 und 10 Pfg. für 2 getrennte Portionen ergeben eine wohlgeschmeckendere und feinere Fleisch- oder Kraftbrühe als alle ähnlichen Präparate. Stets frisch zu haben bei

Heinrich Tapken, Kolonial- und Delikatessen-Geschäft, Oldenburg i. Gr., Donnerschwerstr. 7.



Für Narrenbälle

halte mich den Vereinen und Herren zur Lieferung von Papiermützen

für Damen u. Herren per Dtz. von 35 Pfg. an unter sehr günstigen Bedingungen empfehlen. Nur geschmackvolle, großartige Neuheiten.

Scherz- u. Lärm-Artikel, Entschlangen, Konfetti-Bomben, Knallbienen, Zappelfächer, Federweibel, Schlangenrüssel, Mantel mit der Raute, Pfeiffen, Nebelhörner, Cylinderröhre mit elektrischer Lichtfontäne etc. zu außerordentlich billigen Preisen. Katalog über Mützen wird zur Ansicht gerne abgegeben.

Jul. Presuhn,

Heiligengeiststraße 2.

Zur Teilnahme an dem großen

Kloostischeker-Verbandsfest

für Solsteiner, Ostfriesische u. Oldenburger Verwer am

24., 25. und 26. Januar

in

Modenkirchen

ladet alle Freunde des Wurfports ein

Der Festauschuss.

Befanden und Stellen-gehe.

Gesucht zum 1. Mai ein erfahrenes junges Mädchen

zur Stütze der Hausfrau in großem Landhaus. Schlicht und schlicht bei Familienanschluss.

Hohenbüden bei Göttingen. G. Rindt.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling für meine Banklektur u. Initialisation.

Carl Neumann, Klempnerstr., Kurwischstraße 52.

Raffehaus b. Barel. Gesucht auf Mai 1903 ein

Fräulein,

welches kochen kann, im Alter von 22-24 Jahren. Persönliche Vorstellung erwünscht.

C. Wiemken.

Gef. ein Lehrling.

Magnus Claussen, Böttchermeister, mittlerer Damm 10.

Gesucht auf sofort redigierender Leute bei täglichem Verdienst von 10 bis 15 M.

Zu melden Ofenerstr. 80.

Gesucht auf 1. April oder 1. Mai ein gewandter Knecht im Alter von 18-20 Jahren, am liebsten vom Lande.

D. Senjes.

„Ammerländerischer Hof“.

Wohlfelder. Gesucht ein Knecht

von 17-18 Jahren.

Wirt Guntemann.

Wäde, die melken können,

Knechte,

1 Köchin,

Dienstmädchen

sucht

Fran P. Hoting, Markthalle.

Ein jüngerer

R o m m i s

sucht zum 1. April Stellung in einem

Edel- und Kolonialwaren-Geschäft.

Ost. unter 7. W. 17 an die Exped.

des „Delmenhorster Kreisblattes“.

Nebenverdienst 80-100 Mf. pro Woche.

Herren und Damen jeden Standes, welche geistig sind, einen wegen seiner Billigkeit von jedem gern gekauften Artikel in Freunden- und Bekanntenkreisen anbieten, welcher ohne Risiko und ohne Geldausgabe einen Nebenverdienst von mindestens 15 Mark pro Tag u. noch mehr einbringt, wollen Prospekt gratis und franco anfordern.

Wilhelm Finte, Braunschweig N., Wilhelmstraße 88.

Gef. 1. Mai ein Hausmädchen.

Frau Anna Bartholomäus Ww.

Als Leiter resp.

General-

Bevollmächtigte

britischer Verwaltungsstellen

sucht überall

intelligente Herren die

„Saxonia“

Krankenkasse zu Dresden-L.

Saxonia-Str. 5.

Zum 1. Mai ein in

allen häuslichen Arbeiten

erfahrenes

Mädchen

gegen hohen Lohn.

Emma Klusmann,

Baumgartenstraße 15.

Gesucht für einen kleinen Haushalt

nach Bremen zum 1. April od. 1. Mai

eine erfahrene Köchin. Lohn 80 Mf.

Näheres bei C. Schifft, Glaser,

Daarstraße 31.

Für mein Kolonialwaren-, Deli-

katesen- und Weingeistgeschäft suche

zu Ostern einen

Lehrling

mit guter Schulbildung. Schriftliche

Bewerbungsschreiben an

J. V. Plump, Bremerhaven.

Selbständige

Lebensstellung

findet organisatorisch veranlagte Ge-

schäftsmann, welcher sich die General-

Vertretung für Oldenburg und Um-

gebung eines permanenten, geschäft-

lich. Massenartikels (hochinteressante

illustrierte 10 Pfg. Wochenschrift)

übernehmen kann und über etwas

Kapital verfügt. Mit je 1000 M.

Einlagekapital verdient der General-

Vertreter dauernd jährlich 2000 M.

Mit leichter Bureauführung resp. Kon-

traktanten. Sachkenntnisse sind nicht

erforderlich. Angabe der verfügbaren

Mittel erbeten. Weitere Informa-

tionen schriftlich. - Bewerbungen an

Louis Schneider, Berlin, Wilhelm-

straße 133.

Neu zu befehen:

11 Reisende bis 2000 M. Geh.

4 Kontoristen bis 1400 M. Geh.

4 Verkäufer bis 1200 M. Geh.

2 Buchhalter bis 1500 M. Geh.

13 Verkäuferinnen jeder Br.

bis 100 M. monatl., 1 Filiale-

leiterin, 100 M. monatl.,

4 Mobiltinnen, 40-50 M. Geh.

bei fr. St., dito 100 M. Geh.

4 flotte Garnierinnen f. Buch-

h. G., für Bremen, bei 2 für

Gaushaltartitel, Lurus u.

alanterie, Buchgeschäfte.

Kaufm. Stellen-Bureau

Gaarenstr. 221.

Eingang Schmiedestraße.

Frau Kruse,

Johannisstr. 6.

Suche zum 1. Februar

eine 2. Mannf. für erstes

Hotel gegen gutes Salär.

Suche zwei fixe Haus-

diener.

Gesucht ein ehrlicher, klätiger Haus-

burche. G. Wolke, Schafstr. 1a.

Für ein f. geb. Mädchen wird zur

weiteren Ausbildung im Haushalt

Stelle gesucht bei Familienanschluss

und 2 a. chengelb.

Anfr. unt. E. an die Ann.-Exped.

von Rudolf Mosse, Sameln.

Gesucht zum 1. Mai ein

tücht. affektes Mädchen

für Küche und Haus.

Frau Meiners, Roggemannstr. 18.

Verkäuferin,

lang. Tätigkeit, erstl. Käufer in

Dresden, gestift auf allererste Refe-

renzen, sucht für Platz Oldenburg

veränderungshalber Engagement in

Polenreise, Seiden- u. Damen-Kau-

fung-Artikel. Engl. Sprachkenntn. perf.

Antritt pr. 1. März d. J. Off. u. 11. 65

an Wittersd. Ann.-Exped. Oldenb.

Suche zu Ostern einen

Lehrling

mit gut. Schulkenntnissen.

J. Bruns,

Konferenzenfabrik.

Donnerstags. Gesucht zum

1. Mai d. J. ein ordentl. Mädchen

für Bandwirtschaft. Niedr. Albers.

Nadort. Gef. 1. Mai e. Mädch.

zu 1. länd. Haushalt. G. Corbing.

Für 10 Ostern suche einige kräftige

Jungen für meine Tabakfabrik.

Th. Troebner.

Gesucht zu Mai 1903 ein junges

Mädchen im Alter von 19-20 J.,

welches in Haus- und Küchen-Arbeit

erfahren ist, mit der Wäsche fertig

werden kann und kinderlieb ist. Salär

nach Uebereinstimmung.

Offerten erbeten unter Z. E. 300

postlagernd Brate.

Arbeitsnachweis

für Frauen u. Mädchen.

Geschäftsstelle: Kurwischstr. 20.

Gesucht Dienstag u. Freitag, nach-

mittags von 4-6 Uhr.

Zu dieser Zeit werden entgegen-

genommen: Aufträge zur Beforgung

von Dienstmädchen und Stunden-

frauen für dauernd und zur Ausfülle,

von Wäscherinnen, Plätterinnen und

Schneiderinnen.

Bescheiden werden Mädchenge-

stände jeder Art nach Muster auf Be-

stellung zugehört u. genöt. auch

Stümpfe u. Soden nach Maß gestrich.

Fertige Hausfrauen von kräftigem

Stoff in guter Ausfülle, Stümpfe

und Soden von verschiedener Größe

liegen stets zum Verkauf bereit und

werden durch die Hauswirtsin geleit.

Per sofort oder zum

1. März ein

jung. Mädchen,

welches das Buchfach

gründlich erlernen will.

Emma Klusmann,

Baumgartenstraße 15.

Gesucht per sofort eine perfekte

Stickerin gegen dauernde Beschäftig.

Offerten unter Z. 90 an die Exp.

d. Bl.

Junges Mädchen

sucht Stellung zur guten Erlernung

des Hausfachs.

Offerten erbetet

G. Pool, bedingter Getreidemaler,

Emden.

Sohn rechtlicher Eltern sucht zu

Ostern eine Stelle als

Uhrmacher-Lehrling.

Stellenangebote unter A. G. post-

lagernd Emden erbeten.

Für mein Manufaktur-, Buch- und

Konfektions-Geschäft suche zu Ostern

oder früher einen

Lehrling.

Diedrich (Hann.). G. Schab.

Gesucht transtent, auf sofort od.

Mai junges Mädchen für kleinen

ruhigen Haushalt bei Familienanschluss.

Frau Esterl, Kleinfstr. 2.

Gesucht wegen Verheiratung des

heutigen zum 1. Mai ein anderes gut

empfohlenes, nicht zu junges

Mädchen

für Küche und Haus.

Frau Mehrens, Kastanienallee 4.

Gesucht zum 1. Mai ein fester

solider Knecht, der mit Pferden

umzugehen weiß. Kaufmann und

Gastwirt D. Grube, Gaarenstr.

Oberrege bei Elsfleth. Gesucht

zum 1. Mai d. J. ein tüchtiges

junges Mädchen gegen Salär.

Frau F. Nienaber.

Zum gründlichen Erlernen des

Schneidens sucht j. Mädchen

Johanna Ebels, Steinweg 8.

Gesucht für eine Weingroßhandlung

zu Ostern ein Lehrling für Kontor

und Lager.

Joh. Bunke,

Oldenburg, Stau 18.

Suche zu Ostern einen fester

Lehrling für meine Bäckerei u. Kon-

ditorei. Ludwig Garmis, Bäckermstr.,

Oldenburg.

Eversten. Zu verm. eine Wohn-

nung mit etwas Land an ruh. Ver.

G. Martens, H. Moorstr.

Gesucht zum 1. Mai

1 Mädchen

f. länd. Haushalt, melken nicht er-

forderlich. Lohn 180 M.

A. Gaake, Gut Friedrichsfeld.

Tüchtiger Bureauchilfe

sucht zwecks weiterer Ausbildung zum

15. Februar Stellung. Offerten an

Ang. Vargrebe, Scheffel (Hann.).

Ein tüchtiges Dienstmädchen

zum 1. Februar 1903 gesucht.

Frau Starke, Bremerhaven,

Jährstr. 21.

Suche zum 1. Mai eine

Buchhalterin,

welche auch leichte häusliche Arbeiten

mit übernimmt.

Staustraße 13.

Wandernde. Gesucht auf Mai eine

kleine Magd.

1. Beilage

in № 18 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Donnerstag, den 22. Januar 1903

28. Landtag des Großherzogtums.

11. Sitzung vom 21. Januar 1903
10. Uhr vormittags.

Oldenburg, 21. Jan.
Um 10 Uhr eröffnet Präsident Groß die Sitzung. Abg. Schwarzting verliest das Protokoll von gestern. Am Regierungstisch: Minister Willrich, Ruchrat I, Ruchrat II, Oberfinanzrat Meyer, Finanzrat Meyer, Ober-Reg.-Rat Dr. Frieder, Reg.-Rat Scheer, Oekon.-Rat Heumann, Oberstaatsanwalt von Gindch, Ober-Reg.-Rat Gramberg, Geh. Justizrat Hedelius.

Der Vorschlag des Herzogtums für 1903—05.

1. Die Einnahmen.

Wir haben seiner Zeit die allgemeinen Ausführungen des Finanzausschusses veröffentlicht und dürfen wohl darauf Bezug nehmen.

Abg. Schröder fügt seinem schriftlichen Bericht einige mündliche Ausführungen hinzu. Er nennt das Resultat der Ausführungen über unsere Finanzen recht wenig günstig. Die Finanzlage ist nicht gerade schlecht, jedenfalls nicht schlechter als in anderen deutschen Staaten und im Reich, aber man kann sie auch nicht günstig nennen. Vor neun Jahren z. B. hatten wir mehrere Millionen Überschuss, der nunmehr ganz verbraucht ist. Man kann darüber verschiedene denken. In diesem Rückgang liegt es aber nicht, daß unsere Lage wesentlich schlechter geworden ist, denn das Staatsvermögen hat sich nicht vermindert, sondern vermehrt. Redner sieht die Finanzlage nicht so schlecht an, wie sie z. B. von der Presse geschildert ist. Unsere Einnahmequellen sind leider nicht zahlreich. Redner bittet, mit Nachbesserungen im Laufe der Finanzperiode vorsichtig zu sein; ferner möge die Regierung, falls der Landtag zu außerordentlichen Ausgaben zusammenzutreten, die Abgeordneten durch eine Uebersicht über die Finanzen auf dem Laufenden erhalten. Da es in Zukunft nicht möglich ist, die Eisenbahnüberschüsse in dem Maße wie jetzt zur Deckung heranzuziehen, so muß man mit dem Bau neuer Bahnen, die nicht nutzbringend sind, vorsichtig sein. Ueber künftige Steuern läßt Redner sich dann aus: Als Kompensationssteuer für die eventuell aufzubehaltende Grundsteuer wurde früher die Gewerbesteuer vorgeschlagen und vom Redner bestritten. Nun die Grundsteuer fortgesetzt, und doch neue Steuerquellen notwendig sind, ist es vielleicht notwendig sein, den Gedanken einer Gewerbesteuer zu erwägen. Redner ist der Meinung, daß der Ertrag der Chausseegelder durch eine andere Belastung des dadurch entlasteten Teiles der Bevölkerung ausgeglichen werden müsse. Die Kosten des Bahnverkehrs müßten mit der Redner um 50 000 Mk. betragen, daß der Einnahmehinzuwachs von 33% Proz. auf 25 Proz. herabgesetzt wird, in der Höhe von ca. 218 000 Mark, können auch gedeckt werden, und es kann sogar noch ein Ueberschuss bleiben. Jedenfalls kann man mit 25 Prozent Zuschlag auskommen. Ob er während der ganzen Finanzperiode erhoben werden muß, bleibt dahingestellt, vielleicht ist er auch nachher noch notwendig. Wenn die wirtschaftliche Depression sich hebt, so ist es möglich, daß wir nach der laufenden Finanzperiode in bessere Verhältnisse kommen und ohne Zuschlag arbeiten können. Redner schließt mit den Worten, daß unsere Finanzlage zwar nicht schön sei, aber auch nicht so schlecht, wie sie hingestellt wird. Wir werden zu den letzten im deutschen Reich gehören, die sich ihrer Finanzlage wegen besonderer Angst hinzugeben brauchen.

Minister Ruchrat I: Man wird mir recht geben, wenn ich sage, daß es schwer ist, die Finanzen eines Staates zu übernehmen in dem Augenblicke, wo es mit den Ueberschüssen ein Ende hat und wo die Eisenbahnsparnisse zum erstenmale in so hohem Maße wie hier in Anspruch genommen werden müssen. Die letzte Finanzperiode wies ein Defizit von einer Million auf, während am Anfang zwei Millionen Kassabehalt da waren. Es wurde eine entsprechende Anleihe gemacht. Wenn nun jetzt statt eines erwarteten Defizits von einer Million nur 300 000 Mk. Fehlbetrag sich herausstellt, so könnte man sagen, es müßte gut gewirtschaftet sein. Aber ebenso wenig, wie ich das für mich in Anspruch nehme, ebenso wenig bin ich dafür verantwortlich zu machen, daß die Finanzlage zur Zeit nicht glänzender ist, da die laufenden Ausgaben nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt werden können. In diesem Vorschlage ist keine Anleihe vorgesehen, weil die Regierung es nicht verantworten konnte, regelmäßig wiederkehrende Ausgaben auf eine Anleihe zu übernehmen. Um den Vorschlag zu bilanzieren, mußte man zu den Eisenbahnüberschüssen, zu dem Einkommensteuereinzugschlag von 33%, und zu der Erhöhung der Einkommensteuer greifen. Mir war es nicht angenehm, die Eisenbahnersparnisse anzugreifen, aber es war nichts anderes zu machen. Die Einkommensteuervermehrung zieht die höheren Einnahmen kräftig heran. Aber damit ist auch das Maximum erreicht, was man den höheren Stufen zumuten darf. In unserem kleinen Lande wird eine decartige Veranziehung schwer empfunden. Wir dürfen nicht zu hoch gehen, sonst jagen wir die höheren Einnahmen zum Lande hinaus. Besonders auch im Fürstentum Lüneburg, wo man auf Zugung von Begüterten rechnet. Werden die Steuern dort zu hoch, so werden die heranzuziehenden Persönlichkeiten abgehreckt. Die Regierung hält einen Einkommensteuereinzugschlag von 33% für richtiger als einen auf 25% verminderten, da der Vorschlag sehr sorgfältig aufgestellt ist. Die Einnahmen sind hoch genug und die Ausgaben nur in äußerster Beschränkung auf das Not-

wendigste festgesetzt. Wenn der Finanzausschuß vorschlägt, mehrere Einnahmepositionen zu erhöhen, so ändert das ja in Wirklichkeit nichts. Kommen die Summen ein, so werden sie ja auf alle Fälle verrechnet, und die Kasse behält mehr Geld, als wir hoffen. Die angegebenen Ersparnisse an den Ausgaben sind nur Verschiebungen, Erleichterungen dieser Finanzperiode zu Lasten der folgenden. Die Ermäßigungen der Geschäftskosten, der Gerichte z. B., werden zudem wohl illusorisch bleiben. Wenn z. B. wieder eine Art Calberlas-Prozess kommt, der allein 20—30 000 Mk. kostet, dann kann der doch nicht auf die nächste Finanzperiode verschoben werden. Auch die Kosten der Chausseebauten zu ermäßigen, ist nur möglich auf Rechnung der nächsten Finanzperiode. Wir haben alles nur irgend Ueberschüsse heruntergesetzt. Der Minister bittet, wenn er bei den einzelnen Abstrichen nicht spreche, daraus nicht sein Einverständnis folgen zu lassen; er gebe sich nur notgedrungen dar.

Abg. Frhr. v. Hammerstein: In der Vorlage zum Vorschlag heißt es, daß die Erhöhung der Subvention des Großherzoglichen Hauses erbracht werden müsse durch den Lotterievertrag mit Hessen und durch die Erhöhung der Einkommensteuer. Die Sache gehört eigentlich zum Vorschlag der Zentralasse. Die Begründung aber steht mit den Ansichten des letzten Landtags und auch mit dem Staatsgesetz in Widerspruch, worin steht, daß die Subvention vom Staatsgut aufgebracht werden soll. Der Landtag ging von der Voraussetzung aus, daß die Steuerkraft durch die Subventionserhöhung nicht in Anspruch genommen werde. Wegen der Verbindung der Subvention mit dem Lotterievertrag habe sich eine scharfe Agitation erhoben, die zum Teil auf falschen Voraussetzungen beruhe. Man habe den Bewilligten der Subventionserhöhung Vorwürfe gemacht. Zu Unrecht. Denn für eine Erhöhung sei damals der ganze Landtag mit Ausnahme des Abg. Hug gewesen. Die 19 bewilligten Abgeordneten haben für die Regierungsvorlage gestimmt, weil sie die Einkommensteuer der Reichsgewalt fürchteten. Aber an die Deckung durch den Lotterievertrag hat kein Abgeordneter gedacht, und diese Art der Deckung ist mir geeignet, die monarchische Gefährdung eines Teils der Bevölkerung zu untergraben.

Minister Ruchrat I begreift nicht, wie der Vorredner der Regierung den Vorwurf eines Bruchs der Verfassung machen konnte. Die Mehrausgaben müßten doch gedeckt werden, und die Mehrausgaben an das Staatsgut sind eben durch die Lotterie und die Erhöhung der Einkommensteuer bedingt worden.

Abg. Quatmann ist, wie immer, für Aufhebung der ungetragenen Grundsteuer, aber es sei jetzt, zur Zeit einer schlechten Finanzlage, nicht der richtige Augenblick. Trotzdem aber müsse man für den Bau von Eisenbahnen in den bisher vernachlässigten Landesteilen eintreten. Selbst die anfangs unrentablen Bahnen bringen mit der Zeit große Erträge; sie steigen vor allem den Wert des Landes daheim.

Abg. Hug wendet sich gegen den Abg. Schröder. Die Steigerung des Staatsvermögens sei für den Steuerzahler, der den Zuschlag bezahlen müsse, ganz egal. Drei Gründe haben uns in die schlechte Finanzlage gebracht: 1. die Einnahmen früherer Finanzjahre und Landtage; 2. die schlechten Finanzen des Reiches; 3. die Erhöhung der Subvention des Großherzoglichen Hauses. Redner gibt dem auf Sparfamkeit gerichteten Prinzip des Ministers recht, aber man sei in einer Reihe von Ausgaben in der Sparfamkeit nicht nur schon bis an die Grenze gegangen, sondern schon darüber hinaus. Die schlechten Reichsfinanzen seien nicht eine epidemische Erscheinung, sondern eine chronische Krankheit. Und der heutige Reichsdefizit läßt wenig hoffen. Das Reichsdefizit soll gedeckt werden, und man wird nun zu den indirekten Steuern greifen und die unteren Volksklassen noch mehr belasten. Unsere Regierung muß an den Ausgaben des Reiches zu sparen veranlassen, z. B. für den Militarismus. Abg. Meyer-Pölke hat das im Ausschuss auch betont. Man braucht kein Gegner des Systems zu sein, wie ich es bin, und muß doch zugeben, daß viel zu opulent gewirtschaftet wird im Militärbudget. Die Regierung soll ihren Vertreter im Bundesrat unterstützen, daß er mit arbeitet, Ersparnisse an Militär und an den Kolonien zu machen. Redner bestätigt die Unzulriedenheit im Lande mit der Vermittlung der Subvention. Er erkennt die Sparfamkeit des Ministers an, aber solche Dinge, wie die Abschaffung des Amtsgerichts Damm, dürfen nicht wieder gemacht werden. Man solle lieber anfangen und die neueren Regierungen von Lüneburg und Wiefenfeld aufheben und sie in Kommunalverwaltungen umwandeln. Redner bemängelt die großen Eisenbahnüberschüsse, soweit sie auf zu großer Sparfamkeit gegen die Arbeiter und Beamten beruhen. Er bekämpft die progressive Einkommensteuer wenigstens zur Zeit, aber die angebotene Gewerbesteuer und den Ertrag für das Chausseegeld und Gebührenssteuer aus. Der Vorschlag ist ein faurer Apfel, aber wir müssen darin beißen, nur soll man auch die Abstriche des Ausschusses befolgen lassen.

Minister Ruchrat I: Abg. Hug hat gesagt, ein Privatmann müsse bei dieser Finanzverwaltung unter Parabel gestellt werden. Ich bitte die Abgeordneten, andere Vorschläge zu machen. Die Suspension der Schuldentilgung ist nicht neu, sondern seit 25 Jahren mit der Genehmigung des Landtags erfolgt.

Abg. Koch: Die gewaltige Rede, die der Abg. v. Hammerstein gegen die harmlose Bemerkung im Vorschlag der Regierung gehalten habe, sei vom Minister widerlegt. Der Herr Abg. v. Hammerstein die Absicht gehabt habe, eine Wiederholung der Billfälligkeitdebatte herbeizuführen, wisse er nicht. Er hoffe aber, daß der Landtag auf eine solche Debatte nicht eingehen werde. An eine Vermehrung der Steuerquellen müsse bis zur nächsten Finanzperiode gedacht werden, da die Finanzlage sich sicherlich wohl bessern werde. Der Fehler der jetzigen Besteuerung sei, daß sie das unverfügbare Einkommen aus Kapital nicht stärker heranziehe als das oft nur einige Jahre anhaltende Einkommen aus Gewerbe oder Arbeit. Eine Gewerbesteuer würde diesen Fehler noch ver-

mehren. Die richtige Lösung sei die Vermögenssteuer. An der erhöhten Veranziehung der größten Einkommen, wie sie die Regierung zur Zeit vorschlägt, sei das Bedenkliche, daß sie dem Staate wenig einbringe, im wesentlichen den Gemeinden zu gute komme und den Weg zu einer Vermögenssteuer verbaue.

Abg. Frhr. v. Hammerstein erklärt, der Abg. Koch sei nicht berechtigt, ihm andere Gründe zu unterlegen, als er gehabt habe, er verbitte sich das.

Abg. Koch bemerkt dem Abg. v. Hammerstein, daß er das Recht habe, wenn ein Abgeordneter eine Rede halte, und noch dazu eine so unmotiviert, wie der Abg. v. Hammerstein, nach den Motiven zu forschen. Dieses Recht werde er sich auch durch die tapfersten Proteste des Abg. v. Hammerstein nicht nehmen lassen.

Minister Ruchrat I: Man kann die Erhöhung der Einkommensteuer ja später wieder aufheben, wenn die Finanzen besser werden. Hoffentlich hat der Posttarif doch das Gute, daß wir in Zukunft keine Zuschläge an das Reich mehr leisten brauchen.

Abg. Schulte schiebt die schlechte Finanzlage — außer der Einkommensteigerung und den schlechten Reichsfinanzen — auf die Uebernahme der Schulden durch den Staat, durch die der Staat auch in Zukunft immer noch mehr in Anspruch genommen wird. Redner plädiert für eine Steuerreform, die die finanzielle Lage bessere.

Abg. Hedelius: Das Ammerland ist auch für eine Steuerreform, aber erst nach Aufhebung der Grundsteuer. Redner tritt für die Tragung der Schulden durch die Schuldsachen, statt durch den Staat ein, jedoch dürfte der Beitrag der Schuldsachen 100 Prozent nicht übersteigen, und das einwige Mehr müsse durch die Kinderbedürfnisse anderer Schuldsachen ausgeglichen werden.

Abg. Grimm: Wir im Fürstentum Lüneburg sind natürlich auch für die Aufhebung der Grundsteuer. Die Verbindung der Subventionserhöhung mit der Lotterievertrag hat auch bei uns sehr seltsam berührt.

Abg. Hug: Abg. Frhr. v. Hammerstein hätte die Konsequenz seiner Ausführungen, bez. der Subvention, eher ziehen müssen.

Abg. Althorn-Obernburg hält es bez. der Schulleist für widersinnig, daß diese allgemeine Last nicht auch allgemein verteilt wird. Redner wendet sich gegen die Bemerkung im Ausschussbericht über die Konkurrenz der Kanäle mit den Eisenbahnen. Deutschland kann sich nur konkurrenzfähig erhalten, wenn es die Verkehrsstellen ermäßigt, wie Preußen es jetzt schon anfängt. Dann werden wir nachkommen müssen und froh sein, wenn wir nur eine einigermaßen hohe Verzinsung der Eisenbahnen erzielen können. Genuß, müssen die Eisenbahnen durch die Bundeskasse erhalten werden. Deshalb möchte der Redner die Eisenbahnüberschüsse in Reserve zu behalten und nicht für den allgemeinen Landesausbau verbrachten lassen. Die Staatskasse solle sich selber helfen. Aber auch die Eisenbahn. Deshalb soll man sich auf geeignete Unternehmungen auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens nicht einlassen.

Abg. Frhr. v. Hammerstein wendet sich gegen Abg. Hug; er habe i. d. Tat nicht gewünscht, daß die Subvention durch die Lotterie gedeckt werden solle.

Abg. Vurlage: Abg. Althorn hätte zu dem Schluss kommen müssen, daß wir mehr Bahnen bauen müssen, wenn er die Verkehrsgelegenheit verbilligen will.

Abg. Althorn-Obernburg wendet sich dagegen: Je mehr Bahnen, desto geringer die Ueberschüsse, und je sinken es, bis zum Defizit herab, wenn allzuviel unrentable Bahnen gebaut werden.

Abg. Quatmann unterstützt den Abg. Althorn in seinem ersten Teil seiner Rede. Aber den Ausbau neuer Bahnen befürwortet er doch im Interesse der Bevölkerung.

Minister Ruchrat I bittet die Abg. Althorn und Quatmann, die Eisenbahnüberschüsse sparen wollen, doch Vorschläge zu machen, wie der Vorschlag zu bilanzieren ist, ob vielleicht ein 70%er Zuschlag zur Einkommensteuer angenommen wäre.

Damit hat die allgemeine Besprechung ein Ende. Es kommt dann die

Spezialberatung.

Wir erwähnen in folgendem nur die wichtigsten Änderungen. Die nicht berührten Positionen gelten als angenommen. Bei Fortsetzung des Abg. Freigel die Zunahme des Schwarzwidels im Eisen und bittet um Staatshilfe. Sämtliche Einnahmepositionen werden genehmigt.

2. Ausgaben.

Berichterstatter Abg. Tappenberg stellt zu der Position 1 einen inzwischen notwendig gewordenen Zusatzantrag.

Abg. Kanje bittet um Auskunft, welche Voraussetzungen für die Regierung maßgebend seien bei der Pensionierung der Beamten. Es seien verschiedene verabschiedete Beamte da, die neben ihrer Pension noch ein so großes Einkommen verdienten, daß sie in Dienst befähigten sich beneiden müßten.

Minister Willrich: Die Voraussetzungen sind im Staatsbienegegesetz festgelegt: Der Gesundheitszustand und das Interesse des Dienstes. Wesentlich des ersten Grundes entziehen die Ärzte, die Fälle des zweiten Grundes können hier nicht genannt werden. In allen Fällen ist die Staatsregierung streng nach dem Gesetz vorgegangen.

Abg. Schröder: Der Ausschuss hat sich überzeugt, daß dem Gesetz entsprechend verfahren ist.

Abg. Kanje: Solche Herren könnten doch in a b e r n Dienststellungen verwendet werden, evtl. müßte die endgültige Pensionierung eintreten.

Abg. Zeitmann bemängelt den schnellen Wechsel in der Person des Vorstehenden der Arbeitergerichts.

Minister Willrich erklärt den Wunsch für berechtigt, in dessen sei der Posten benanntlich besetzt und deshalb dem Wechsel unterworfen.

Abg. Freigel bemängelt scharf die primitiven Zustände im Amtsbau in Cloppenburg, wo großer Platzmangel herrscht.

Reg.-Kom. Scheer hat bei der Besichtigung die Uebelstände nicht so schlimm gefunden. Dem nächsten Landtag

wird — bei guter Finanzlage — eine Vorlage bez. Ausbau oder Neubau zugehen. —

(Berichterfasser Gerdes.)

Abg. Schmidt bittet um Streichung des Geldes für den Kundenfang an die Polizei.

Abg. Seimann bemängelt die Schöpfung der Tagesgelder im Peter Friedrich Ludwig-Hospital. Es wird bei weiterer Steigerung der Pflegegeelder den Krankenkassen schwer, ihre Mitglieder dahin zu geben. Die schlechte Lage des Hospitals ist darauf zurückzuführen, daß das Hospital den Krankenkassen früher nicht weit genug entgegen kam, so daß sie mit anderen Hospitälern abschlossen. Er fragt die Regierung, warum die Krankenkassen so wenig wohlwollend behandelt wurden, schlechter als Privatpersonen.

Reg.-Kom. Scherer weist nach, daß die Bemängelung auf einen Fehler im Bericht zurückzuführen ist. Den Kassen, die sich für ihre sämtlichen Kranken dem Hospital verpflichten, werden Ausnahmefälle bewilligt.

Abg. Tappenbeck bittet Abg. Seimann um nähere Begründung.

Abg. Seimann erkennt an, daß unter Tappenbecks Verwaltung die Dinge günstiger geworden seien.

Abg. Tappenbeck weist darauf hin, daß hier in Oldenburg die Verpflegungskosten sehr billig sind, kaum höher als die Selbstkosten.

Abg. Hug fragt an, ob die anderen Hospitäler denn nicht auch ihre Sätze erhöht hätten, dann läge allerdings eine Konturrenzfrage vor.

Abg. Tappenbeck: Sie liegt hier nicht vor.

Abg. Seimann bemerkt vorläufig, daß er den Abg. Tappenbeck in seinen Ausführungen nicht gemeint habe, sondern seinen Vorgänger. —

(Berichterfasser Feldhus.)

Abg. Taugen bemängelt den geringen Zuschuß zu den Kosten der landw. Winterkulturen gegenüber den erfreulich hohen Beiträgen für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen. Redner beantragt statt 7700 Mk. — 12000 Mk. jährlich.

Abg. Feldhus unterstützt den Vorredner. Desgl. Abg. Gerdes.

Reg.-Kom. Seimann betont das Wohlwollen der Regierung gegenüber dem landwirtschaftlichen Fortbildungsschulwesen.

Abg. Schröder führt die Errichtung dieser Schulen auf seine Anregung zurück. Aber man möge nicht auf Vorrat bewilligen. Die landw. Schule ist nicht obligatorisch; wäre sie es, wie die gewerbliche Fortbildungsschule, so könnte sie sehr viel mehr Geld. Man möge die verlangten Kosten bewilligen, aber nicht auf Vorrat eine höhere zume.

Abg. Taugen meint, es werde ein weiteres Bedürfnis schon bald hervortreten.

Der Antrag Taugen wird angenommen. —

Bei den Pkt. 86 und 87 wird u. a. die Beschluß zu den Kosten für den Anlauf eines Geschäftes Fremden Büros (3600) bewilligt und zwar ohne Debatte. Reg.-Kom. v. Wackerstein entsetzt sich darauf förmlich.

Reg.-Kom. Seimann bittet, den Betrag für allgemeine Verwaltungskosten der Kanalkaufleute nicht zu kürzen.

Abg. Hühorn-Oldenburg bemängelt die hohe Aufzählung des Kanals in der oberen Hunte, die einen Bruch des Deiches im Oldenburger Verbindungskanal hervorgerufen habe, wobei die Regierung sich mit nichtigen Gründen von dem Kostenerfolg gedrückt habe. — Die Regierung geht auf die Sache gar nicht ein. —

Die Beratung wird nach 1 Uhr abgebrochen und auf Donnerstag früh 10 Uhr vertagt.

Eine Petition des Ausschusses der besonderen Ortsvergemeinschaften betitelt die Bewilligung der Mittel pro 1903 für die Umwandlung der durch den Ort Fiel führenden Staatschauffee (Feldsteinspinner) in eine Klitterschiffahrt von 4,20 Mr. Breite.

Der Finanzausschuß, Abg. Hug, beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Deutscher Reichstag.

243. Sitzung.

* Berlin, 21. Januar.

Die erste Lesung des

Staats

wird fortgesetzt.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Die schlechte Finanzlage ist zu einem guten Teile eine Folge der beiden Flottengesteh. Eines beschleunigten Baues von Schiffen bedarf es jetzt nicht. Verwenden Sie doch nur die vorhandenen Kreuzer. Der Kolonialetat ist ja diesmal um drei Millionen niedriger als der vorjährige; darin hat der Schatzsekretär recht. Aber was nicht uns das? Wir müssen doch in diesem Jahre die großen Staatsüberschreitungen, die im vorigen Jahre entstanden sind, decken. Redner ist weiter kritisch an der Kolonialpolitik, an den Wohnbauten in Afrika, deren Bau und Betrieb kostspielig und die ganz unrentabel seien. Redner wendet sich weiter gegen die Bestrebungen, die Kavallerie zu verstärken. In jachverfügbaren Kreisen sei man längst der Ansicht, daß die Kavallerie im Ernstfalle nicht entfernt mehr so entscheidend sei, wie früher. Keinerlei Anlaß liege vor, die Oberleutnantsgehälter zu erhöhen. Es scheint, man bezwecke damit überhaupt nur, den Oberleutnants im Falle ihrer Verabschiedung höhere Pensionen zu zahlen. Bei der Gelegenheit müsse er sich auch gegen die geplante Militärpensions-Erhöhung erklären. Dazu fordere man aber bei der jetzigen Finanzlage auf. (Der Reichskanzler erscheint während dieser Ausführungen am Bundesratsstische.) Bei solcher Finanzlage fällt es besonders auf, wenn Reformierungswechsel ohne genügende Motivierung stattfinden, wie die Verlegung eines Infanterieregiments nach Krefeld, um den dortigen Damen-Tänzer zu verschaffen. (Weiterleitet.) Den Kriegsmilitärfrage er, ob er von dieser Verlegung vorher gewußt oder erst nachher davon erfahren habe. Sehr schärfst bekämpft Redner sodann das Mittel einer Zuschuß-Anleihe zur Deckung der ordentlichen Einnahmen. Geseien sei der Reichskanzler vergeblich befragt worden über seine Ansicht über die Frage der Dänen, der Anwesenheitsgeleider. Diese Frage sei doch eine wichtige, und da müsse doch der Reichskanzler den Mut seiner Meinung haben. Der Reichskanzler sei verantwortlich für die Reden des Kaisers. Früher sagte man, der Kaiser solle hier nicht in die Debatte gezogen werden. Aber andere Zeiten, andere Sitten. Jetzt, wo der Kaiser so oft öffentlich redet, geht es nicht an, das hier nicht zu erwähnen. Ich will hier nicht erzürnen, ob das richtig war, was gestern hier geschehen ist. Aber auch trotz des gestrigen Präzedenzfalls bin ich

der Ansicht, daß hier alles erledigt werden kann, was der Kaiser öffentlich über öffentliche Veranlassungen gesagt hat. Mit der Veröffentlichung des Telegramms hat das Zentrum ein Schweigegeld begeben, wie es sonst nur den Sozialdemokraten begehrt wurde. (Weiterleitet.) Auf im Zentrum: Sehr richtig! Unserer greift sich bei solchen Dingen nach der Stille und fragt: Wie ist es möglich, daß so etwas publiziert wird! (Beifall.) Es muß in seiner Zeit so schwierig gewesen sein, Minister zu sein, wie in dieser Zeit. (Der Reichskanzler nicht. Große Heiterkeit.) Wenn sich solche Fälle fortgesetzt häufen, wenn die Minister so häufig in die Lage kommen, etwas zu unterschreiben, was sie eigentlich nicht verantworten können, ohne den Wilschied zu nehmen, dann muß ich gestehen, ist das ein System der Regierung, bei welchem die Minister nicht mehr auf diejenige Autorität uns gegenüber Anspruch haben können, auch dem Ausland gegenüber, wie es an sich wünschenswert ist.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) führt den schlechten Kurs der Reichsanleihe darauf zurück, daß seit Jahren der Markt mit Industripapieren, Obligationen überfüllt sei, welche durch Bilanzierung des Charakter von Inhaberpapieren erhielten. Das sei geradezu eine Umgehung des Verbots zur Ausgabe von Inhaberpapieren. Die Klagen Börsen über die indirekten Steuern seien ungerecht. Andere Länder hätten viel höhere indirekte Steuern. Was den Fall des Telegramms an den Prinzregenten bezog, die Veröffentlichung desselben anlangte, so möge der Reichskanzler dafür Sorge tragen, daß solche Dinge wegen ihrer Wirkung auf unsere innere Politik nicht mehr vorlämen.

Abg. Schröder (Frei. Bergg.): Der Reichskanzler habe, wie er gern zugeben müsse, mit großem Geschick dafür gesorgt, daß wir nicht in einen Konflikt mit England gekommen seien. Was Venezuela betreffe, so knüpfte er an die dortigen Vorgänge den Wunsch, es möchte in die Handelsverträge eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach für den Fall solcher Konflikte das hager Schiedsgericht angerufen werde. Angeht die vielen öffentlichen Kundgebungen des Kaisers sei es ganz unvermeidlich, sich mit diesen auch in diesem Sinne zu beschäftigen, sonst höre der Parlamentarismus auf und nur eine habe zu entscheiden. Er könne nur hoffen, daß der Reichskanzler Gelegenheit nehmen werde, die in diesen Tagen hier geäußerte Kritik dem Kaiser zu unterbreiten. Er müsse auch der Arbeiterumgebung gedenken. Er fürchte, da es gestern nicht möglich gewesen sei, hierüber zu sprechen, so werde das an anderer Stelle und dann vielleicht mit weniger Maßhalten geschehen. Er sei jedenfalls überzeugt, daß die meisten deutschen Arbeiter auf Seiten der Sozialdemokraten stehen. Um besten würde man die Sozialdemokratie besänftigen, wenn man die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt. Sollen wir uns, den Arbeitern Beschränkung auferlegen, die wir nicht auch anderen Bevölkerungsklassen auferlegen, sondern gewähren wir ihnen, was wir ihnen gewähren können, dann werden wir sie am ersten der Sozialdemokratie abwendig machen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg ist mit der Sicherung des Wahlgeschäftnisses einverstanden. Im weiteren widerspricht Redner dem Verlangen nach Revision des Bürgergesetzes, und fordert im Interesse der Landwirtschaft eine Reform der Grund- und Bodengesetzgebung. Redner kommt schließlich auf die Burengenerale zu sprechen.

Reichskanzler Graf Bülow: Er gebe zu, daß die bürgerlichen Klassen die soziale Gesetzgebung mit trügen. Aber in der menschlichen Natur liege es, daß es das eines Antriebs bedürfte. Wenn Richter erwidere er, in jedem konstitutionellen Staatswesen müsse der Minister mit der Individualität des Monarchen rechnen. Je stärker diese, desto mehr sei er geneigt, Anteil zu nehmen an den Staatsgeschäften. Das erledigte dem Minister die Geschäfte nicht. Deshalb habe er zu den Worten geredet. Aber eine starke Individualität des Monarchen sei auch ein Vorteil. Das erkenne man im Auslande an, und auch bei uns sollte man nicht ungerecht sein gegen den großen Zug im Wesen unseres Monarchen. Was man auch sagen möge, ein Minister sei der Kaiser nicht. (Große Heiterkeit.) Einwendungen gegen Handlungen des Monarchen solle man richten gegen den leitenden Minister. Würde einmal für ihn ein so großer Zwielpalt kommen, so würde er sich dem Niederlegung seines Amtes entziehen, aber bis dahin bitte er die Angriffe nur gegen ihn zu richten und nicht gegen den Kaiser. Nun zu Herrn v. Liebermann. Der Burengenerale sei ursprünglich beabsichtigt gewesen; er selbst habe die gestellten Bedingungen anfanglich angenommen; erst hinterher hätten die Generale ihren Sinn geändert, so daß der Empfang nicht hätte stattfinden können. Was übrigens die vom Vorredner der deutschen Regierung nachgesagte Liebermanns Individualität gegenüber England anlangte, so bemerke er, Deutschland werde sich niemandem an den Hals, aber man brauche die Geschäfte nicht gleich mit schlechten Manieren zu führen. Deutschland wolle niemandem schaden, sondern die Ruhe und feste Mann sein, der ohne Provokation und ohne Maßlosentum sich und die Seinen schütze. (Beifall.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. v. Kardorff (Reichsp.) vertagt sich das Haus auf morgen: Fortsetzung der Eratberatung.

X. Vollversammlung der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg

am Montag, den 19. Januar 1903, vorm. 11½ Uhr, im großen Saale des Landesgewerbestaatsmuseums zu Oldenburg.

Der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Schulze, eröffnete die Sitzung mit folgender Rede:

Meine geehrten Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung und heiße Sie im neuen Jahre herzlich willkommen. Sie wissen alle, daß Handel und Gewerbe nicht mit großer Hoffnung in die Zukunft sehen können. Die gewerbliche Krisis dauert an, und auch wir werden im kommenden Jahre viel zu tun haben, um uns über Wasser zu halten. Ein gekommen ist als Weihnachtsgeschenk der neue Zolltarif, der unsere schlimmsten Erwartungen übertroffen hat. Er verteuert eine ganze Reihe von Rohmaterialien und notwendigen Nahrungsmitteln, und er wird deshalb zur Folge haben, daß unsere Produktion sich verteuert oder daß es an Arbeit fehlt, wenn die Rohstoffe nicht mehr bezahlt werden können. Wir müssen uns aber damit abfinden. Lassen Sie uns auch im neuen Jahre unser möglichstes tun, für die Interessen von Handel

und Gewerbe einzutreten, und lassen Sie uns einig und geschlossen vorgehen, damit unsere Stimme auch gehört wird, wenn wir unser Gutachten abgeben.

Besonders, meine Herren, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß vielfach das Bestreben herrscht, dem Handel und Gewerbe neue Lasten aufzuerlegen, um der Finanznot der Einzelstaaten abzuhelfen. Da müssen wir ausprechen, daß wir derartige neue Lasten überhaupt nicht ertragen können. Es wird hier im Lande gesagt werden, außerhalb sind Handel und Gewerbe noch höher besteuert. Der Vergleich ist aber durchaus unrichtig. Wenn wir auf unseren Nachbarstaat Bremen blicken, so müssen wir allerdings zugeben, daß Handel und Gewerbe dort höher herangezogen werden. Aber sie haben auch etwas dafür; die reizen Mittel werden auch wieder für Handel und Gewerbe angelegt, während hier im Lande, wo sich die Industrie und der Handel noch in der ersten Entwicklung befinden, nicht viel getan werden kann und tatsächlich auch nicht viel getan wird. Das müssen wir im Auge behalten und hoffen, daß wir mit voller Schonung behandelt werden. Es sind dies einige allgemeine Gesichtspunkte, die ich zu Anfang des neuen Jahres ausgeprochen haben möchte. Wir begrüßen heute zum erstenmal unseren neuen Herrn Schindluf in unserer Mitte. Ich möchte mir erlauben, in Ihrem Namen auszusprechen, daß wir ihn herzlich willkommen heißen und auf seine Mitwirkung große Hoffnungen setzen. Das Protokoll der letzten Vollsitzung ist Ihnen zugegangen, Einwendungen sind nicht erhoben, daselbe gilt also als genehmigt. Wir kommen jetzt zur Feststellung der Präsenzliste. Anwesend sind die Herren: Oberbürgermeister Dr. Driever als Vertreter des Großh. Staatsministeriums, Departement des Innern; Raurat Dittmann als Vertreter der Großh. Eisenbahndirektion; Carl Weder, Brate; Carl Dirls, Brate; als Stellvertreter für Herrn Th. Bruns, Brate; Aug. Minfen, Jever; als Stellvertreter für Herrn Drost, Jever; Heint. Eilers, Oldenburg; G. C. Friedrichs, Brate; G. Geerten, Brate; Wih. Götsing, Oldenburg; G. Gramberg, Oldenburg; G. Groß, Brate; G. Hermanns, Brate; G. C. Hoyer, Delmenhorst; Carl Jaßen, Brate; Dierb. Jürgens, Oldenburg; G. Landwehr, Brate; D. Jöhle, Oldenburg; G. Maßlieb, Oldenburg; G. Meinen, Besterfeld; G. Schmitte, Oldenburg; G. Kater, Oldenburg; G. F. Müller, Brate; Ad. Schiff, Oldenburg; Ad. Schrage, Oldenburg; Aug. Schulze, Oldenburg; Ad. Studenber, Delmenhorst; G. Taugen, Seelitz; D. D. Thien, Brate; J. H. Wilters, Oldenburg; Dierhoff, Oldenburg; Schiphorst, Bureauvorsteher, als Protokollführer.

Es fehlen entfaltig die Herren: Dr. Jarmes, Oldenburg, und dessen Stellvertreter Th. Meyer, Oldenburg; Ant. Hapkamp, Friesland, und dessen Stellvertreter Th. Kroje, Oldenburg; Paul Zug, Bant, und dessen Stellvertreter Solo Wente, Oldenburg; W. Mühlens, Oldenburg; G. Stegmann, Oldenburg; G. Schilling, Delmenhorst, und dessen Stellvertreter S. Dierds, Oldenburg.

Von der Verlesung des Tätigkeitsberichts wird abgesehen.

Bemerkungen werden u. a. gemacht zu folgenden Punkten:

Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiterinnen.

Vorlesender: Wir haben gemeint, daß bezüglich dieses Gegenstandes unsere Kammer hätte gefragt werden müssen, weil auch andere Handelskammern von den Gewerbe-Inspektionen ihres Bezirkes zu diesem Punkte gehört worden sind. Nach Auffassung unseres Ministeriums sollte dieser Gegenstand jedoch zunächst lediglich durch die Gewerbe-Inspektionen bearbeitet werden. Die Sache wird also in den verschiedenen Bundesstaaten anscheinend nicht gleichmäßig gehandhabt. Jedenfalls ist es Tatsache, daß die Gewerbe-Inspektion wohl kaum berechtigt war, ohne Auftrag des Ministeriums sich mit der Kammer in Verbindung zu setzen.

R.-M. Maßlieb fragt an, ob die Gewerbe-Inspektion nicht für die Folge angewiesen werden solle, sich in ähnlichen Fragen an die Kammer zu wenden.

Oberbürgermeister Dr. Driever: Der vorliegende Fall ist noch nicht zur Erlebigung gekommen. Das Staatsministerium hat zunächst Erkundigungen bei der Gewerbe-Inspektion eingegeben. Der Bericht der Gewerbe-Inspektion ist inzwischen eingegangen, er ist für die Öffentlichkeit und wird in nächster Zeit zur Erlebigung kommen. Nach meiner Kenntnis der Sachlage handelt es sich um rein vorläufige Ermittlungen über die Frage, ob etwas geschehen soll oder nicht, ob das Reichsamt des Innern etwa eintreten soll oder nicht. Dann, glaube ich, entspricht es nicht den Intentionen des Reichsamts des Innern, daß die Gewerbe-Inspektionen sich mit den Handelsvertretern in Verbindung setzen. Jedenfalls lassen wir die Sache so auf. Wir würden uns in diesem Falle nicht für befugt gehalten haben, uns an die Handelskammer zu wenden. Wenn die Sache in ein weiteres Stadium kommt, dann wird sie uns mitgeteilt, und wir werden dann nicht unterlassen, auch die Handelskammer zu hören.

Vorschritten für Auktionatoren.

R.-M. Taugen regt an, doch weitere Sachverständige, namentlich aus dem Lande, zuzuziehen.

R.-M. Friedrichs schließt sich dieser Anregung an.

R.-M. Maßlieb weist auf die hohen Kosten hin. Man habe deshalb sich damit begnügt, den Vorsitzenden der Rechnungssteller, und Auktionatoren-Zinnung als den berufenen Vertreter der Auktionatoren hinzuzuziehen.

Vorlesender: Diese Anregung ist auch bereits in der vorigen Sitzung zum Ausdruck gebracht worden. Der Reichslandesausschuß glaubte aber von einer Ladung weiterer Sachverständigen absehen zu können, und muß es dem Reichslandesausschuß überlassen bleiben, wen er laden will.

Dividendenverteilung der Konsumvereine.

R.-M. Eilers regt an, der Reichslandesausschuß möge auch dem Marktstetium der Konsumvereine seine Aufmerksamkeit schenken.

Der Vorsitzende bemerkt, daß diese Anregung nicht zu dem zur Beratung stehenden Gegenstande gehöre.

Mittagspause bei der Güterabfertigung.

R.-M. Maßlieb fragt an, ob die Kammer bereits Bescheid auf ihre Eingabe erhalten habe.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Eingabe am 16. Dezember abgelehnt, eine Antwort aber noch nicht eingegangen sei.

Kaufmannische Fortbildungsschulen.

R.-M. Gramberg: Ich möchte den Herrn Vorsitzenden

4 pSt. Mitteldeutsche Grundrentenbriefe (Serie II)	100	100,55
4 pSt. Preuss. Boden-Credit-Akt.-Bank-Prämie, Serie XIX, untob. 5. 1911	102,20	102,50
4 pSt. neue Feuerf. Nat. Rente (H. Stude)	—	—
4 pSt. Oesterreichische Goldrente	—	—
4 pSt. Ungar. Goldrente (Stude a 1012,50 Mt.)	101,70	102,25
4 pSt. Ungarische Kronenrente	99,80	100,15
3 1/2 pSt. do.	98,60	94,15
4 pSt. Russische Feuerf. Staatsanl. v. 1902	100,30	100,85
berf. Tilg. 5. 1915 ausgelöst.	—	—
4 pSt. Wiener Stadt-Anleihe von 1902, berf.	101,70	102,25
Tilg. 5. 1912 ausgelöst.	—	—
3 1/2 pSt. Kopenhagener Stadt-Anleihe	96,30	96,85

4 pSt. Moskauer Stadt-Anleihe	83,70	94,25
Kurze Wechsel auf Amsterdam	100 fl. a Mt.	168,35 169,15
do. " London	1 Sfr. a "	20,1850 20,5150
do. " Paris	100 Fr. a "	81,20 81,60
do. " New-York	1 Doll. a "	4,1650 4,2150
Amerikanische Noten (Greenbacks)	1 Doll. a "	4,1650 4,2150
Holländische Noten	10 fl. a "	16,80 16,90
U. stont der Reichsbank 4 pSt.	—	—
Lombardbank 5 pSt.	—	—
Verkaufung anderer hier nicht bezeichneter Papiere billigt gemäß den La. eukuren.	—	—

neue Einlagen gemacht	854,958	" 52
dagegen an Einlagen zurückgezahlt	290,555	" 17
somit Bestand der Einlagen am 1. Dezember 1902	18,169,298	" 92
Bestand der Activa (jinslich belegte Kapitalien und Kassenbestände etc.)	19,646,363	" 95

Witterungsbeobachtungen in Oldenburg

Monat.	Thermometer (C.R.)	Barometer (mm)	Lufttemperatur (Monat. Mittel)	Rel. Feuchte
22. Jan. 7.11.10.	— 2	775,3	28. 7,8	—
23. Jan. 8. 11. 10.	— 5	772,5	28. 6,5	—

Zu verm. umständehalber auf gel. ode. sp. eine flottgehende

Restoration.

Off. u. Z. 89 an die Exped. d. Bl.
Gut. Klavierunterr. z. m. Preis un.
erteilt. Wo? fragt die Exp. d. Bl.
Eine Partie

Feuerkassen à 35 Pf.

ist noch vorräthig.
Magnus Claussen,
in tilerer Damm 10.

Zu verk. 2 St. 1,1 od. 1,4
Goldsp., 1,0 Silberad.

Immobilienverkauf.

Bürgerfeld. Eine am Scheides
weg belegene

Befigung,

befiehend aus dem sehr geräumigen
Gebäude und 4 bis 12 Sch.-S. Land,
habe ich preiswert zu verkaufen.
Gehehen. **Georg Schwarting.**

Ein kleines Kind ist geg. Ver-
gütung in Pflege zu geben.
Näheres in der Exped. d. Bl.
Gesucht ein

Tresen.

Rastede. Schlange.
Geucht ein Koffer für e. Knecht.
Näheres

Bereins- u. Vergnügungs

Anzeigen.

Saalschieß- Verein

„Freischütz“.

Am Sonntag, den 25. Januar:

Großer

Narren- Ball

im Vereinslokale des Herrn G. Bar-
meyer, „Vielater Hof“.

Anfang 5 Uhr.

Hierzu ladet ein **D. W.**

Restaurant

„Gemütlichkeit“

Ofenerstraße 30

hält sich bestens empfohlen.

ff. Speisen und Getränke, sowie

stets

musikalische Abendunterhaltung.

Reelle u. aufmerksame Bedienung.

Eduard Boock,

Restaurant ur,

Ofenerstraße 30.

NB. Niederlage von Kräuterte.

Turn- Verein

„Jahn“.

Oldenburg.

Sonntag, den 25. Januar 1903:

Kohlfahrt

nach Gbewechst.

Abmarsch vom Vereinslokal „Hofel,
zum Rindenhof“ morgens präzis
8 1/2 Uhr.

Der Turnrat.

Rathhausen.

Am Sonntag, den 1. Febr. d. J.:

BALL,

wogu freundlichst einladet

F. W. Caspers.

Krieger- Verein

Nadorst.

Zur Feier des Geburtstages Sr. M.
des deutschen Kaisers findet am
Sonntag, den 25. d. M.,

Gemeinsch. Kirchengang

statt. Hierzu versammeln sich die
Mitglieder morgens 9 Uhr im Ver-
einslokal (Ww. Theilmann).

Es wird freundlich gebeten, zu dieser
Feier zahlreich und pünktlich zu er-
scheinen.

Orden und Ehrenzeichen sind an-
zulegen.

Der Vorstand.

Rasteder

Krieger- u. Kampj-

genossen- Verein.

Zur Feier des Geburtstages Sr.
Majestät des Kaisers am Sonn-
tag, den 25. Januar:

Großer Ball

im Hotel „Zum Grafen Anton
Günther“ in Rastede.

Orden und Bundesabzeichen sind
anzulegen.

Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Sonabend, den 24. Janr.,

im Kasino:

Konzert

des Männer- Gesangsvereins

„Liederkrantz“

unter Leitung des Herrn Konzert-
meisters Kufferath.

Mitwirkende: Fräulein A. Kraus
(Sopran) u. d. Herr Hofoper. Fräul.
Clara Schwan (Violin) aus Köln.
Herr Com. Herr (Klavier) aus Berlin.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: 2 Mk., 1,50 Mk.
und 1 Mk. Eintrittskarten sind von
Montag, den 19. Janr., an in der
Schmidt'schen Buchhdlg. (Segeffen)
am Kasinoplatz zu haben.

Oldenburger

Krieger- Verein.

Zur Feier des Geburtstages Sr.
Maj. des Kaisers am Sonntag, den
25. d. Mts., im „Schützenhof zur
Wunderburg“:

BALL.

Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Fremde können durch Kameraden
eingeführt werden gegen 1 Mk. Entree.

Der Vorstand.

Sandhatten.

Am Sonntag, den 1. Februar 1903:

Ball,

wogu freundlichst einladet

Joh. D. Steenken.

Oberlethe.

Am Sonntag, den 25. Januar
1903, abends 7 Uhr:

General- Versammlung

des

Studien- Vereins

bei Aug. John.

Um pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Normal- Kindermilch.

Un'er ärztlicher Kontrolle stelle ich von heute an eine
neue Säuglingsmilch zum Verkauf. Es ist eine keimfreie, nach
ärztlicher Anweisung behandelte Vollmilch, trinkfertig

in verschlossenen Flaschen.

1000 Gramm = 1 Br. = 25

500 " = 1/2 " = 14

250 " = 1/4 " = 7

200 " = 1/5 " = 6

Verziffliche Gebrauchsanweisung steht zur Verfügung.

Das Städtische Nahrungsmittelamt nimmt nach Verleben
Proben der Milch zur Untersuchung und veröffentlicht die
Resultate.

Molkerei D. H. Rüdebusch.

per sofort ein besseres Café in Bremen.
Einige Mittel müssen vorhanden sein
zur Liebernahme eines Inventars.

Gest. Offerten unter **Z. 6579** an
die Annoncen-Expedition von Herrn
Wäcker, Bremen, erb.

Zu vermieten

Zu verm. frendl. Oberwohnung. 1.
Mietpr. 100 Mk. Vegenstr. 1.

Zu verm. schön möbl. Stub- und
Kammer für 1 oder 2 Personen.

Bürgerstr. 15.

Zu verm. z. 1. Febr. od. später fr.
Wohnung (St. H. S. 2c.) an ruhige
Pers., 1 od. 2 Pers. Langenweg 14.

Gesucht auf gleich eine Stube mit
Kabinett, part., an guter Geschäfts-
lage. Offerten unter **Z. 91** an die
Expedition d. Bl.

Stube u. Küche, für ein. Frau
passend, habe zum 1. Mai in der
Manfard Gasse 28 billig zu ver-
mieten.

H. Felsenfeld.

Zu verm. eine Oberwohn. Miet-
preis 180 Mk. Rantenstr. 5a.

Wegzug. die geräum. Unterw.,
best. aus 6 Wohnräumen m. Garten.
Näh. **J. Jacobs.** Rindwisch 34.

Suche z. 1. Mai e. Unterw. i. d.
Nähe der Stadttrabensbüchle B. Preis
200 Mk. Offerten unter **M. 64** an
F. Büttner Ann.-Exp.

Dienerfelde. Zu verm. auf Mai
e. Wohn. mit Sand. **S. Schumacher.**

Gut heizbares, möbliertes
Zimmer nebst Kammer ge-
sucht.

Offerten unter **Z. 84** an
die Exped. d. Bl.

Petersfehn. Zu vermieten zu
Mai eine Arbeiterwohnung.

G. Schröder.

Zu verm. febl. möbl. Stube und
Kammer, auch mit voller Pension.
Offener Gasse 21.

NB. Es können auch 2 jg. Leute
mohnen.

Zu verm. auf sofort od. später eine
vierräum. abgeth. Oberwohn. m.
Zubehör u. Gartenland. Alderstr. 41.

Zu vermieten eine sep. Unter-
und Oberwohnung, enthaltend je 2 St.,
2 K., Küche mit Pumpe u. f. Zubeh.
Norderstraße 1a.

Gesucht von 2 Damen eine Ober-
wohnung zu Mai im Preise bis zu
550 Mk. Offerten unter **Z. 88** an
die Exped. d. Bl. erbeten.

Bürgerfelde. Zu verm. z. 1. Mai
eine ger. Oberwohnung. Zu erst.
in der „Waldschlucht“. **Fr. Behrens.**

Zu verm. z. 1. Mai bequ. Oberw.
mit Stall u. Land zc., pass. f. jemand,
der gern außer der Stadt wohnen
möchte.

Schöne weg 4.

Verantwortlich für Politik und Religion: Dr. A. Hög; für den lokalen Teil: A. von Bülow; für den Anzeigen- und Realteil: A. Radomsky, Rotationsdruck und Realteil: A. Schaefer, Oldenburg.

